

19.05.2009

Antrag

der Fraktion der SPD

Studentenwerke in NRW brauchen mehr Unterstützung

I. Kürzung der Studentenwerke war kontraproduktiv

Der aktuelle 18. Sozialbericht der Deutschen Studentenwerke zeigt deutlich: Die neuen Studienplätze aus dem Programm des Hochschulpaktes allein reichen nicht aus.

Sie müssen auch sozial flankiert werden. Die zusätzlichen Studierenden werden nicht nur mehr Wohnheime, sondern auch Essen, Beratung und Kinderbetreuung benötigen. Deshalb muss das Land nicht nur in Studienplätze, sondern auch in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums investieren. Das ist eine zentrale Voraussetzung für erfolgreichen Studienzugang, Studienverlauf und Studienabschluss. Deshalb müssen aus Sicht des Landtags die Kürzungen bei den Studentenwerken aus dem Jahr 2006 zurückgenommen werden.

Der Auftrag der Studentenwerke, einer breiten Schicht und vor allem den sozial Schwächeren der Gesellschaft die Aufnahme eines Studiums zu ermöglichen, ist bei weiteren Kürzungen ernsthaft in Gefahr. Die Beteiligung bildungsferner Schichten an der Hochschulbildung ist in Deutschland aber schon heute zu gering. Aufgabe muss es daher sein, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

II. Mehr BAföG-Empfänger bedeuten zusätzlichen Bedarf an Personal

Die jüngste Reform des BAföG ist durch den gesamten Landtag als notwendig erachtet und begrüßt worden. Die gewollte Ausweitung der Anzahl der Anspruchsberechtigten durch die Novellierung des Gesetzes und die erwartende Erhöhung der Studierendenzahlen durch die doppelten Abiturjahrgänge im kommenden Jahrzehnt wird bei den Ämtern für Ausbildungsförderung bei Studentenwerken zu deutlicher Mehrarbeit führen. Um eine schnelle Antragsberatung und Antragsbearbeitung sicherzustellen, ist daher aus Sicht des Landtags eine Ausweitung der Unterstützung seitens des Landes notwendig.

Datum des Originals: 19.05.2009/Ausgegeben: 19.05.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

III. Neue Fachhochschulen bedeuten zusätzlichen Bedarf an Personal

Den vier neuen Fachhochschulen in NRW sind jeweils in der Betreuung einzelnen Studentenwerken zugeordnet worden. Nach Vorstellungen der Landesregierung sollen diese die Aufgaben an den neuen Hochschulen zusätzlich - ohne zusätzliche Mittel für Personal - übernehmen. Damit würde nicht nur die Qualität und die Quantität der Angebote an den neuen Standorten unterhalb des Niveaus liegen, das NRW bisher ausgezeichnet hat, sondern zwangsläufig auch an den durch die Mehrbelastung betroffenen Standorten, die durch das jeweilige Studentenwerk betreut werden, zu Verschlechterungen führen. Damit wären alle Standorte Verlierer und wird daher vom Landtag abgelehnt.

IV. Leistungsanreize können Finanzsituation der Studentenwerke verbessern

Der jüngste Datenabgleich der Förderungsdaten der Studentenwerke hat zu Rückflüssen in Höhe von ca. 50 Millionen Euro geführt. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wird dieses aber in NRW nicht vergütet. Hier hat beispielsweise Baden-Württemberg eine Fallprämie von 50 Euro angesetzt. Ein solches System ist aus Sicht des Landtags auch in NRW einzuführen.

V. Forderungen

Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert,

1. die Kürzungen der Studentenwerke aus dem Jahr 2006 zurückzunehmen
2. gemeinsam mit den Studentenwerken in Hinblick auf den durch die Ausweitung des BAföG und die doppelten Abiturjahrgänge zu erwartenden Mehrbedarf bei den Ämtern für Ausbildungsförderung zu ermitteln und bedarfsgerecht entsprechende Personalmittel zur Verfügung zu stellen
3. gemeinsam mit den zuständigen Studentenwerken in Hinblick auf den durch die vier neuen Fachhochschulen zu erwartenden Mehrbedarf zu ermitteln und bedarfsgerecht entsprechende Ressourcen zur Verfügung zu stellen
4. gemeinsam mit den Studentenwerken ein Prämienmodell für den Datenabgleich von Förderdaten zu entwickeln.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Marc Jan Eumann
Karl Schultheis

und Fraktion